

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Kay Gottschalk, Jörn König, Barbara Lenk, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Waldschutz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Zustand der Wälder ist weiterhin weltweit besorgniserregend. Laut dem Waldbericht 2020 der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO (Food and Agriculture Organization) liegt der jährliche globale Waldverlust bei 10 Millionen Hektar Wald, etwa ein Drittel hiervon sind Primärwälder. Die Entwaldung und Walddegradation finden überwiegend in den Tropen und Subtropen statt. Die Zerstörung und Schädigung von Primärwäldern führen zu einem unwiederbringlichen Artenverlust, weil etwa 70 Prozent der weltweiten Arten in den sogenannten Megadiversitätsländern der Tropen und Subtropen und hier in erster Linie in den Tropenwäldern leben. Diese Wälder spielen eine besondere Rolle bei der Aufrechterhaltung der regionalen und globalen atmosphärischen Zirkulation, der Bereitstellung von Wasser und Ökosystemleistungen wie dem Schutz der Böden.

Die zunehmende Entwaldung hat erhebliche Auswirkungen auf Mensch und Tier. Lebensunterhalt und Einkommen von etwa 250 Millionen Menschen, die in Wäldern und Savannengebieten leben, hängen von diesen Ökosystemen ab – viele von ihnen gehören zu den ärmsten Landbewohnern der Welt. Auch leben 80 Prozent der Landtiere und -pflanzen in Wäldern. Sie sind durch Abholzungen massiv bedroht.

Die Ursachen für die Entwaldung sind vielfältig und reichen von illegalem Holzeinschlag bis hin zum zunehmenden Anbau von Biomasse für die Herstellung von Biokraftstoff. In Entwicklungsländern korreliert das Bevölkerungswachstum mit der hohen Entwaldungsrate. Daher schreitet der Waldverlust in diesen Partnerländern voran, obwohl die Bundesregierung zahlreiche globale Waldschutzprojekte finanziert.

Entwaldung und Armut stehen in unmittelbarem Zusammenhang und dürfen nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. vom Narrativ einer deutschen Verantwortung für einen „menschenverursachenden“ Klimawandel und für daraus abgeleitete Umweltschäden sowie sonstige negative Auswirkungen in den Entwicklungsländern abzusehen;

2. die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf ihre politische Verantwortung für die zunehmende Entwaldung in ihren Ländern und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt hinzuweisen;
3. mit internationalen Partnern, die, wie die Volksrepublik China, in Entwicklungsländern Rohstoff- und Handelsinteressen verfolgen, in einen Dialog darüber zu treten, wie Lieferinteressen sowie Entwicklungs- und Umweltinteressen in Einklang zu bringen sind und ggf. gemeinsame Maßnahmen umzusetzen, die dieses Ziel unterstützen;
4. zu vermeiden, dass die entwicklungspolitische Zielsetzung, den Schutz der Wälder und der Biodiversität in Entwicklungsländern zu gewährleisten, durch Maßnahmen des sogenannten Klimaschutzes konterkariert wird und sich daher für ein EU-Importverbot von Biomasse aus Entwicklungsländern wie Palmöl, Soja, Zuckerrohr etc. einzusetzen, die zunehmend in der Produktion von aus Biomasse erzeugtem Kraftstoff Einsatz findet (vor dem Hintergrund, dass immer mehr Wälder gerodet werden, um Anbauflächen für solche Biomasse zu generieren);
5. im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer dabei zu unterstützen, nachhaltige und eigenständige forstwirtschaftliche Strukturen aufzubauen;
6. die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfe von deutschen Unternehmen, deutschem Wissen und deutscher Technologie bei der Optimierung von technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu unterstützen, wie beispielsweise verbesserte Landnutzungsplanung, Waldüberwachungssysteme, die Umstellung auf eine nachhaltige Forstwirtschaft, die Sicherung der legalen Holznutzung, die Einrichtung von Schutzgebieten und die Schaffung alternativer Erwerbsmöglichkeiten zu Tätigkeiten, die zur Waldzerstörung beitragen;
7. die deutsche forst- und holzwissenschaftliche Forschung und Lehre zu unterstützen und auszubauen mit dem Ziel des internationalen Austausches und Know-how-Transfers;
8. wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Waldbilanz zu einem Kriterium für wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit im Bereich Forstwirtschaft, Naturschutz und Biodiversität zu machen;
9. die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dabei zu unterstützen, ihre Primärwälder sowie wertvolle Sekundärwälder und andere ökologisch wichtige Ökosysteme in ihrem jetzigen Bestand zu schützen.

Berlin, den 27. April 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Jährlich werden weltweit Wälder mit der Gesamtfläche von Großbritannien und Nordirland gerodet, vor allem tropischer Regenwald. Dabei sollen die globalen Waldverluste eigentlich bis 2020 halbiert und bis 2030 vollständig gestoppt werden. Das ist das Ziel der New Yorker Wald-Erklärung, die im Jahr 2014 auf dem sogenannten Klima-Sondergipfel des damaligen UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon vorgestellt wurde. 41 Staaten – darunter Chile, Deutschland, Frankreich, Kanada, Kenia, Thailand und die USA – sowie multinationale Konzerne und Nichtregierungsorganisationen hatten die Erklärung unterzeichnet. Funktionieren soll das Abkommen über bilateral transferiertes Geld. Norwegen, Großbritannien und Deutschland hatten gemeinsam bis 2020 mehr als 5 Milliarden US-Dollar zugesagt – sofern Länder mit Regenwald-Vorkommen Pläne vorlegen, um die Entwaldung zu stoppen und den Trend umzukehren. Allerdings ist die Wald-Erklärung freiwillig und völkerrechtlich nicht bindend. Ihr Zwischenziel für 2020 wurde verfehlt und das Ziel, die globalen Waldverluste bis 2030 vollständig zu stoppen, erscheint ziemlich unrealistisch (www.klimareporter.de/international/weltweiter-waldverlust-auf-rekordniveau).

Mehr als 90 Prozent der Abholzung findet in den Tropen statt. Afrika ist in den vergangenen zehn Jahren zum Brennpunkt der weltweiten Waldverluste geworden, berichteten Experten der UNO-Landwirtschaftsbehörde FAO in einer Sonderauswertung des Waldzustandsberichts 2020. Demnach hat Afrika hinsichtlich der jährlichen entwaldeten Flächen Südamerika überholt. Grund für die Abholzung in Afrika ist laut Experten das hohe Bevölkerungswachstum, das Kleinbauern dazu zwingt, mehr Flächen zu roden, um ihre Existenz zu sichern. Doch auch ausländische Investitionen beschleunigen die Abholzung. So werden Wälder für den Anbau von Biomasse gerodet, die über die Produktion von aus Biomasse erzeugtem Kraftstoff hinaus in immer mehr Wirtschaftszweigen Einsatz findet. In Afrika sind allein im vergangenen Jahrzehnt im Schnitt rund 3,9 Millionen Hektar Waldfläche pro Jahr verloren gegangen. In Südamerika betrug der jährliche Verlust 2,6 Millionen Hektar (www.spiegel.de/wissenschaft/natur/afrika-ueberholt-suedamerika-bei-abholzung-a-c256c1bf-9586-40ea-a6c5-3943ae49eca8).

Das Abholzen von Bäumen, besonders in Hanglagen, macht die dortigen Böden anfälliger für Erosion, die durch ein starkes Wurzelgeflecht verhindert würde. Ohne diese natürlichen Befestigungen kommt es bei starken Regenfällen teils zu massiven Erdrutschen. Die unmittelbaren Folgen der Erosion lassen sich sowohl direkt auf der Ackerfläche als auch abseits beobachten. Der Boden verliert nach und nach seine Fruchtbarkeit und die Fähigkeit, Verunreinigungen zu filtern und Wasser zu speichern. Auf unfruchtbarem Boden können Pflanzen nicht richtig wachsen, was zu Ernteausfällen führt. Überschwemmungen oder Starkwinde zerstören Ernteerträge. Abgetragenes Bodenmaterial verunreinigt Wege, Straßen, Gräben und die Kanalisation, im schlimmsten Fall zerstören Erdrutsche Felder oder Infrastruktur. Bei Starkregen sorgt der mangelnde Wasserabfluss für Überschwemmungsgefahr. Überschwemmungen zerstören die Ernte auch auf benachbarten Feldern und im Boden gebundene Schadstoffe können in benachbarte Gewässer oder Ökosysteme migrieren.

Fast zwei Drittel aller Erwerbstätigen in Afrika südlich der Sahara sind in der Subsistenzlandwirtschaft beschäftigt (www.bmz.de/de/themen/laendliche-entwicklung/21756). Die fortschreitende Entwaldung erschwert das ländliche Leben immer mehr. Entwaldung stellt sich in Entwicklungsländern, insbesondere in ländlichen Gebieten, in mehrfacher Hinsicht als direkte Ursache für Armut dar. Hinzu kommt das sehr schnelle Bevölkerungswachstum, das zu einer Knappheit der verfügbaren Ressourcen führt und die Armut weiter verschärft.

Demografische Variablen erfordern ebenfalls eine besondere Aufmerksamkeit, da eine zu schnelle und hohe demographische Entwicklung als eine der Hauptursachen für Umweltzerstörung anerkannt ist. Eine wachsende Bevölkerung hat erheblichen Nahrungsbedarf, was die Landwirtschaft belastet. Die Qualität von Ackerland und der Umwelt im Allgemeinen wird durch Übernutzung beeinträchtigt. Darüber hinaus führt ein hohes Bevölkerungswachstum zu einer steigenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Somit stellt das Bevölkerungswachstum eine direkte Bedrohung für die lokale Umwelt dar.

Eine Studie, die von Forschern der University of Maryland in den Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, wirft ein Licht auf die Situation im Kongobecken, das nach dem Amazonas den zweitgrößten Wald der Welt beherbergt. Dieses Becken erstreckt sich über sechs Länder: Kamerun, Gabun, Äquatorialguinea, Zentralafrikanische Republik, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo. Innerhalb von 14 Jahren (2000 bis 2014) gingen hier 16,5 Millionen Hektar Wald verloren, eine Fläche, die größer ist als die von Bangladesch. Wenn sich die

aktuellen Trends nicht umkehren, könnte das Kongobecken, in dem sich die Bevölkerung bis 2100 voraussichtlich verfünffachen wird, bis zum Ende des Jahrhunderts vollständig abgeholzt sein (<https://fondation-farm.org/lagriculture-cause-majeure-de-la-deforestation-en-afrique/>).

Ferner möchten die Antragsteller darauf hinweisen, dass die negativen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die Umwelt durch das Wirtschaftswachstum und die technologische Entwicklung eingedämmt werden können. Beispielsweise kann ein höheres Einkommen den Energiebedarf auf andere Quellen als Brennholz verlagern. Ebenso wird die Wasserhygiene verbessert. Die Einführung moderner Technologien in die Landwirtschaft reduziert die Umwandlung von Wäldern in Ackerland, da sie auf den verfügbaren Flächen eine intensiviertere Landwirtschaft ermöglicht.

China ist die Drehscheibe des illegalen Handels mit Edelh Holz aus Afrika, weil es in Afrika willige Lieferanten findet. Forstgesetze in den betroffenen Staaten werden nicht umgesetzt. Die Folgen sind verödete Landstriche und verarmte Einheimische. Den Menschen wird die Lebensgrundlage entzogen und die Artenvielfalt schrumpft. Dass die Bäume unter Schutz stehen und das Holz nicht gehandelt werden darf, interessiert weder die korrupten afrikanischen Regierungen noch die chinesischen Importeure, zumal es westliche Geber wie Deutschland gibt, die die Wiederaufforstungsprogramme in Afrika finanzieren.

Die Zahlen bezüglich Chinas illegaler Holzimporte aus Afrika sind alarmierend. Da Rosenholz besonders beliebt ist, kostet ein Kubikmeter bis zu 19.000 Euro. Die Profite aus dem illegalen Rosenholzgeschäft sind sehr hoch. 83 Prozent der chinesischen Rosenholzimporte aus Afrika sind illegal. Kamerun ist derzeit der größte Exporteur des Kontinents. Es geht laut CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora) um 200.000 Kubikmeter illegal genutztes Holz. 1,4 Millionen Stämme im Wert von 300 Mio. US-Dollar wurden 2021 illegal von Kamerun über Nigeria nach China verschifft. Nach Angaben der Internationalen Umweltagentur (IEA) wurden zwischen Mai 2020 und Januar 2022 123.000 Tonnen oder 182.900 Bäume Rosenholz illegal aus Mali nach China exportiert. Wie in der Casamance im Senegal (Export des Rosenholzes über Gambia), im Westen Kameruns oder im Osten der Demokratischen Republik Kongo blühte der Raubbau an Edelhölzern infolge der politischen und sicherheitspolitischen Instabilität. Allein zwischen 2016 und 2020 wurden mehr als zwei Millionen Stämme in Westafrika illegal gefällt und nach China exportiert (www.africa-live.de/chinas-appetit-auf-afrikas-waelder/).

Statt die These von der Verantwortung der Industrieländer für den sogenannten Klimawandel zu vertreten, sollte vielmehr an die politischen Verantwortlichen in den Entwicklungsländern appelliert werden. Zugleich sollte die Bundesregierung ihre Partnerländer bei der Entwicklung und Umsetzung einer wirksamen und nachhaltigen Umweltpolitik unterstützen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Wäldern und Biodiversität.

Diese Länder könnten jahrhundertealte forstwirtschaftliche Erfahrungen aus Deutschland nutzen, um eine widerstandsfähige und nachhaltige Forstwirtschaft aufzubauen. Auf diese Weise sollten auch deutsche Forstunternehmen, die sich auf den Schutz der Umwelt, insbesondere des Waldes und der Biodiversität spezialisiert haben, ihren Beitrag zur Entwicklung der Partnerländer leisten und die deutsche Wirtschaft soll gleichzeitig zum Einsatz kommen und belebt werden.

Diese Art der Zusammenarbeit wäre nützlicher und profitabler als Tausende von fragmentierten gender- und klimabasierten ideologischen Projekten, die bisher keine konkreten Ergebnisse geliefert haben.